

## Geht uns die Arbeit aus? Eine Analyse

(Fachtagung Landesstelle für Katholische Jugendarbeit und Kardinal-Döpfner-Haus,  
15. - 16. November 1999 in Freising)

### Gliederung:

1. Einleitende Bemerkungen
2. Der aktuelle Befund
3. Mittelfristige Entwicklungen und Struktur der Arbeitslosigkeit
4. Ursachen
5. Warum Vollbeschäftigung?
6. Die Kosten der Arbeitslosigkeit
7. Die sozialwissenschaftliche Diskussion vom "Ende der Arbeitsgesellschaft"
8. Die Zukunftsberichte
9. Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials bis 2.040
10. Umdenken und Weiterdenken ist angesagt.

### 1. Einleitende Bemerkungen:

- - "eine" Analyse, nicht "die" Analyse.
- - Hinweis auf frühere Tradition der Zusammenarbeit in der Frage des "Laborismus".
- - Kein neues Arbeitsverständnis, sondern ein erweitertes Verständnis von Wirtschaft.

### 2. Der aktuelle Befund:

Zum Stichtag 30.10.1999 hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, die aktuellen Zahlen wie folgt präsentiert: (Folie 1)

In ganz Deutschland hatten wir 3.883.310 Arbeitslose, also eine Quote von 9,9 %, davon in den alten Ländern 2.590.612, eine Quote von 8,2 %, in den neuen Ländern 1.292.698, eine Quote von

16,9 %. Gegenüber dem Vorjahr waren das insgesamt 8.364 Arbeitslose weniger, damals waren es 10,1 %.

In den alten Ländern hat die Arbeitslosigkeit um 113.000 abgenommen, gegenüber Vormat 31.700, damals waren es 8,7 %, in den neuen Bundesländern hat sie um 104.600 zugenommen, gegenüber Vormat um 28.200 abgenommen, damals waren das 15,7 %, jetzt 16,9 %.

Insgesamt dürften damit die Erwartungen, daß in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit überwiegend demografisch bedingt um 200.000 abnehmen würde, nicht in Erfüllung gehen. Die Gründe werden hauptsächlich darin gesehen, daß die Maßnahmen zur Arbeitsförderung rückläufig gewesen sind. (-61.600 weniger in der Weiterbildung, - 94.100 in ABM, -46.000 in Strukturanpassungsmaßnahmen).

Die Kurzarbeit hat um 3.600 zugenommen und belief sich auf 89.900.

Bei den Auszubildenden hatten wir Ende September noch 29.400 Bewerber, das sind 6.300 weniger als im Vorjahr. Offene Lehrstellen waren es 23.400, das ist gleichgeblieben. Die Anzahl der Ausbildungsplätze hat sich im letzten Jahr um 25.000 (d.h. 4,1 %) auf 629.200 erhöht. Das ist aber ausschließlich auf das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau

der Jugendarbeitslosigkeit, in dem sich 106.000 Jugendliche befanden, zurückzuführen, und die dort geschaffenen 27.800 zusätzlichen Ausbildungsstellen im überbetrieblichen Bereich.

Ende Oktober 1999 standen 21.200 offenen Ausbildungsstellen noch 31.500 Bewerber gegenüber.

### 3. Mittelfristige Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit

In den Schaubildern der Bayerisch-sächsischen Zukunftskommission ist die mittelfristige Entwicklung und Struktur zwischen 1970 und 1996 bzw. 1960 und 1996 getrennt nach West- und Ostdeutschland übersichtlich dargestellt. (Quelle: Bericht der Kommission für Zukunftsfragen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil 1, 4. Auflage, Bonn 1996)

Schaubild 2: Erwerbstätige, Arbeitslose und Stille Reserve in Westdeutschland zeigt, wie sich der Anteil der Nicht-Normarbeitsverhältnisse und der der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen deutlich im Zuge oder Gefolge der Massenarbeitslosigkeit verändert haben, auch die Stille Reserve nahm zu, offensichtlich sind hier viele enthalten, die sich keine Chancen mehr ausrechnen.

Schaubild 3: Arbeitslose, Stille Reserve und offene Stellen macht die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit seit 1973 anschaulich. Hier sind auch die ersten Wirkungen der Vorruhestandsregelungen und die Teilnehmer an Maßnahmen erkennbar. Sie zur Stillen Reserve zu rechnen macht Sinn, denn bei Vollbeschäftigung sind für sie auch Stellen vorzuhalten. Die geringe Zahl der offenen Stellen, eher mit abnehmender Tendenz, ist ein Indiz dafür, daß es nicht an individuellen Defiziten bei den Arbeitslosen liegen kann, sonst müßte diese Zahl deutlich höher sein. Es sind einfach keine Stellen da.

Schaubild 4: Männer und Frauen. In Westdeutschland jedenfalls hat sich die Arbeitslosigkeit offensichtlich zwischen Männern und Frauen angeglichen. Das dürfte an der größeren Bereitschaft der Frauen liegen, Nicht-Normarbeitsplätze anzunehmen und am Strukturwandel der Wirtschaft hin zu Dienstleistungsberufen, in denen Frauen eher Arbeit finden.

Schaubild 5: Altersgruppen. Deutlich ist der Anteil der über 55-jährigen im Vergleich zu allen anderen. Das liegt zum Teil auch an den staatlichen Maßnahmen, die dazu beigetragen haben dürften, daß die Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren sich angeglichen hat.

Schaubild 6: Gesundheitlich Beeinträchtigte, Schwerbehinderte. Da die Arbeitslosigkeit insgesamt stark angestiegen ist, hat sich der Anteil der Schwerbehinderten verringert, ist absolut aber etwas gestiegen. Hier dürfte ihre starke rechtliche Stellung geholfen haben.

Die Zahl der gesundheitlichen Beeinträchtigungen dürfte statistisch etwas überhöht sein, weil viele Beeinträchtigungen angeben, z.B. um die Bezugsdauer von Leistungen zu verlängern oder auf die Vermittlung Einfluß zu nehmen. Insgesamt hat sich der Anteil aber nicht sehr deutlich verändert.

Schaubild 7: Qualifizierte und Nichtqualifizierte. 1995 ist fast die Hälfte nicht qualifiziert, während ihr Anteil an den Beschäftigten bei 1/6 lag. Dagegen sind 40 % der Arbeitsplätze für Nichtqualifizierte geeignet, aber von Qualifizierten besetzt. Hier ist deutlich der Trend einer ruinösen Konkurrenz erkennbar.

Schaubild 8: Wirtschaftssektoren. In der Landwirtschaft ist die Arbeitslosigkeit traditionell hoch, hat aber ein vergleichbar geringes Volumen. Wichtiger ist die zunehmende Spreizung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes und den Dienstleistungen.

Schaubild 9: Berufsgruppen. Hier wird die Auseinanderentwicklung noch deutlicher, allerdings mit Ausnahmen (Techniker und Ordnungs- und Sicherheitsberufe)

Schaubild 10: Deutsche und Ausländer. Anteil der Ausländer von Beginn an deutlich höher, aber 1995 doppelt so hoch. 3 Gründe werden genannt: Ihre Qualifikationen entsprechen nicht den hiesigen Anforderungen, sie sind in überproportional vom Stellenabbau betroffenen Bereichen tätig, Sprachprobleme. Ähnliches gilt für deutschstämmige Aussiedler, die zusätzlich eine geringere Verweildauer in Deutschland aufweisen als die Ausländer.

Schaubild 11: Kurz- und Langzeitarbeitslose. 1994 waren 4/5 älter als 55 Jahre.

Sonderentwicklungen in Ostdeutschland:

Schaubild 12: Erwerbstätige, Arbeitslose und Stille Reserve

Unterschiedlicher Ausgangspunkt: 1989 fast 50 % in Norm-Arbeitsverhältnissen, dagegen Westdeutschland nur 38 %. Das hat sich rasch abgebaut.

Schaubild 13: Arbeitslose, Stille Reserve, Offene Stellen spiegelt den Entwicklungstrend zu deutlicher Zunahme der Arbeitslosen, der Stillen Reserve bei kaum vorhandenen Offenen Stellen wieder.

Schaubild 14: Männer Frauen. Hier werden die gravierendsten Unterschiede in der Entwicklung zu Westdeutschland deutlich. Faktisch passt sich die Erwerbs"neigung" der Frauen westdeutschen Verhältnissen an.

Dagegen sind bei den anderen Faktoren weniger Unterschiede erkennbar. Allenfalls die Spreizung zwischen verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen ist noch etwas größer, was mit dem Strukturwandel zusammenhängen dürfte.

#### 4. Ursachen

Bei der Ursachenanalyse entscheidet sich, wes Geistes Kind man ist. Es gibt, jedenfalls in der Ökonomie, drei Gruppen von Ursachenzuweisungen:

##### 1. Gruppe: Neo-liberale, neo-klassische, eher angebotsorientierte und monetaristische Hauptrichtung

Das hängt zunächst ab von der wirtschaftspolitischen Grundanschauung. Rechnet man sich der eher neo-liberalen, klassischen Vorstellungen anhängenden Wirtschaftstheorie zu, dann darf es Arbeitslosigkeit eigentlich nicht geben. Der Markt hat eine inhärente Tendenz zur Vollbeschäftigung. Kommt es mal vorübergehend zu Abweichungen, dann ist das wie bei einem Schaukelstuhl, er kommt, wenn man ihn sich selbst überläßt, nach einigen Schwankungen wieder von selbst zur Ruhe, ins Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung.

Arbeitslosigkeit wird bei diesen Vertretern entweder verdrängt und Vollbeschäftigung einfach vorausgesetzt: Dann spricht man von growing-out (z.B. verdrängt dann Kreditnachfrage des

Staates die privaten Kredite für Investitionen; oder Erziehungseinkommen mit steigender Konsumnachfrage geht dann zu Lasten der Kapitalbildung.

Ein Beispiel: Vertreter des Freiburger Instituts für Finanzwissenschaften argumentieren gegen das Erziehungsgehalt: "Multiplikatorwirkungen zeitigen allenfalls kurzfristig Wirkung, so daß die gesamtwirtschaftliche Ersparnis sinken muß, wenn der gesamtwirtschaftliche Konsum ansteigt. Dies führt langfristig zu einem niedrigeren volkswirtschaftlichen Kapitalstock und damit langfristig zu Wachstumseinbußen." (Erik Lüth, Bernd Raffelhüsche in: Aufwertung der Erziehungsarbeit, hrsg. v. Christian Leipert, Opladen 1999. )

Oder aber, es gibt Kräfte, die die Funktionsfähigkeit des Marktes stören: Gewerkschaften, die zu hohe Löhne durchsetzen oder die Lohnnebenkosten sind zu hoch, die Arbeiter sind zu wenig flexibel, und wie der Katalog dann heißt.

Strategien sind dann entsprechend: Deregulierung, Abbau des Sozialstaates, Verringerung der staatlichen Aktivität, damit mehr Finanzmittel für Investitionen bei den privaten Unternehmern verbleiben.

Auch die Struktur der Arbeitslosigkeit wird dann schnell als Ursachenanalyse hergenommen: Fehlende oder nicht ausreichende Qualifizierung, gesundheitliche Handicaps, zu geringe Spreizung der Einkommen bzw. zu geringer Lohnabstand zu Sozialhilfe u.dgl.mehr. Hier werden einfach Ursache und Wirkung verwechselt. Völlig sinnlos wird dann die Diskussion, die Ursachen lägen in der veränderten Erwerbsquote der Frauen, in den geburtenstarken Jahrgängen, überspitzt formuliert also: Arbeitslosigkeit gibt es, weil zuviele Menschen Arbeit nachfragen.

## 2. Ursachengruppe: Nachfrageorientierte, Nach-Keynesianische Konzepte.

Demgegenüber wird im Gefolge von Keynes von der anderen Richtung festgestellt, daß der Markt nicht von sich aus zur Vollbeschäftigung tendiert, daß es auch ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung geben kann. Es gibt keinen Automatismus, der dazu führt, daß Ersparnisse immer auch zu Investitionen führen, damit wird Kaufkraft und Nachfrage nicht genutzt, um Beschäftigung zu schaffen.

Die Einsatzfaktoren (Kapital, Arbeit) reagieren eben nicht vollkommen flexibel, nicht jedes Angebot schafft sich (hier und heute) sofort auch seine Nachfrage, womit eine Grundannahme der Klassiker (Walras) in der Realität nicht zutrifft. Es macht auch politisch wenig Sinn, solche Verhaltensweisen herbeizuführen. Vielmehr muß der Staat (auf der makroökonomischen Ebene) mit seiner Nachfrage das sonst nicht genutzte Produktionspotential ergänzend ausschöpfen. Dieses stellt (gemessen an der Arbeitslosigkeit) eine volkswirtschaftliche Finanzierungsreserve dar, und kann durch zusätzliche Nachfrage, zusätzliche Produktion, zusätzliche Einkommen und Arbeitsplätze positiv zur Wohlstandsmehrung genutzt werden.

Kurz gesagt: Sparpakete erhöhen die Arbeitslosigkeit und die öffentliche Verschuldung, Beschäftigungspolitik verringert Arbeitslosigkeit, mehrt die öffentliche und private Wohlfahrt und ermöglicht den Abbau der Staatsverschuldung.

Ursache der Arbeitslosigkeit ist also fehlende Nachfrage, und die muß notfalls vom Staat als dem letztverantwortlichen für Vollbeschäftigung geschaffen werden. In Zeiten einer nur konjunkturellen Flaute durch antizyklische Fiskalpolitik

Das funktioniert aber angesichts der heutigen langanhaltend auseinandertriftenden Arbeitsmarktbilanz nicht mehr. Deshalb müsse, so diese Vertreter, in einem makro-ökonomischen Dialog und Verhandlungsprozeß der indirekten Arbeitgeber (wie der Papst das in *Laborem exercens* nennt) analog zu den Tarifverhandlungen Beschäftigungspolitik eingeführt werden. Ob man das Stabilitätspakt nennt (wie die KAB Süddeutschlands) oder Bündnis für Arbeit oder Makroökonomischen Dialog (wie jetzt innerhalb der EU) ist unerheblich.

Ursache der Arbeitslosigkeit ist also die fehlende Nachfrage und fehlende Beschäftigungspolitik auf der makro-ökonomischen Ebene.

Wenn wir Wirtschaft begreifen wollen als eine Kulturveranstaltung, die von Menschen und Politik gestaltet wird, und nicht als etwas Naturwüchsiges, das irgendwelchen Naturgesetzen folgt, dann ist Beschäftigungspolitik unverzichtbar, und das muß bis hin zur Vollbeschäftigung gehen.

### 3. Ursachengruppe: Wirtschaft ist reduziert auf marktvermittelte Warenproduktion.

Beide bisher vorgestellten Ursachenanalysen haben den Nachteil, daß sie Wirtschaft nicht ganz erfassen, sondern sie reduzieren auf marktvermittelte Warenproduktion. Die Ökonomen haben zwar bisher auch die am Markte sich rechnenden Dienstleistungen stillschweigend einbezogen, für die sozialtheoretische Diskussion vom Ende der Arbeitsgesellschaft ist aber gerade das Wachsen der Dienstleistungen ein Indiz für das Ende der (Industrieproduktions)-Arbeitsgesellschaft.

Seit dem Entstehen der Bildungsökonomik, der Neuen Haushaltsökonomik und in deren Gefolge dem Erscheinen des 5. Familienberichts der Bundesregierung über die Humankapitalbildung in Deutschland bzw. der Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamtes mit einer das offizielle Sozialproduktberechnung ergänzenden Satellitenrechnung über die private Haushaltsproduktion, seit den Nobelpreisen für Wirtschaftswissenschaften für die Vertreter dieser Ansätze, mehren sich die Stimmen und die Konzepte, die einem erweiterten Verständnis von Wirtschaft und einem erweiternden Blick auf die wirtschaftliche Produktion in unserer Gesellschaft das Wort reden.

Man besinnt sich langsam, daß Begriff und Sache Ökonomie vom privaten Haushalten her kommen und auch Ökologie von Begriff und Sache her genau dasselbe ist wie Ökonomie.

Für unsere Fragestellung heute "Arbeit für - fast - alle!?" ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, daß es genügend Arbeit gibt, allein 90 Mrd. unbezahlte Arbeitsstunden mit produktiven Tätigkeiten im Familienhaushalt gegenüber nur 60 Mrd. bezahlte Arbeitsstunden im gesamten Feld der sogenannten offiziellen Ökonomie (Schaubild 15 - 17 aus: *Wo bleibt die Zeit? 5. Arbeit zum Nulltarif?* hrsg. vom BMFuS, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1994; Schaubild 18: Jahresvolumen bezahlter und unbezahlter Arbeit 1992 von Personen ab 12 Jahren in Stunden in: Blanke, Ehling, Schäfer, Schwarz: *Zeit im Blickfeld, Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung*, Schriftenreihe BMFuS, Band 121, Stuttgart 1996, S. 42.)

Bei Erziehung und Pflege in den privaten Familienhaushalten haben wir es auch mit arbeitsmäßigen Überforderungen zu tun, insbesondere bei den Frauen und Müttern, hier wächst die Armut der Mehr-Kinder-Familien, und hier geht es auch um die Produktion des

knappen Gutes "rechtlich geregelte, sozial abgesicherte, gleichwertig bezahlte Arbeitsgelegenheit".

Warum sollte eine Volkswirtschaft, die keine herkömmlichen Produktionsprobleme mehr hat, nicht in diesen Feldern neue sinnvolle Arbeitsplätze einrichten, z.B. dort, wo es um Erziehung, Pflege, Bildung, Bürgerarbeit, geht.

Die bisherigen volkswirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit wären sozusagen umzuwandeln in Nachfrage, Produktion, Einkommen, rechtlich geregelte, sozial abgesicherte und gleichwertig bezahlte Arbeitsgelegenheiten. Neben der primären Einkommensverteilung (Löhne und Gehälter sowie Zinsen), und der sekundären Einkommensverteilung (über Steuern und Abgaben finanzierte staatliche Transfers) gibt es dann in Abhängigkeit von der Arbeitslosigkeit eine tertiäre Einkommensverteilung, wo (ex ante) in Höhe der Arbeitslosigkeit soviel zusätzlich verteilt wird, daß (ex post) die volkswirtschaftlichen Potentiale bei Vollbeschäftigung ausgeschöpft werden. Die Solidaristen waren früher der Meinung, daß nur eine solche Einkommensverteilung gerecht sei und sich daran die Gerechtigkeit der Gesellschaft insgesamt entscheidet.

P. Johannes Schasching SJ hat vor ungefähr 18 Jahren hier in diesem Saale, als wir uns mit Laborem exercens beschäftigten, die Erkennungszeichen der Katholischen Soziallehre an folgenden drei Punkten festgemacht:

- Güter der Erde für alle (alle Menschen der Erde, alle Generationen, alle Güter: auch Bildung, sinnvolle Arbeit, freie Zeit)
- Von der kapitalistischen Klassengesellschaft zu gestuften Formen von Solidarität (der kapitalistische industrielle Produktionsbetrieb und die kapitalistische Lohnarbeit werden in diesem Sinne nicht mehr gesellschaftsprägend sein) An Stelle dieser kapitalistischen Warenproduktion treten hinzu neue Formen von privater Familienarbeit, tauschwirtschaftlich organisierter Nachbarschaftshilfe, Bürgerarbeit, aber abgesichert durch rechtlich geregelte, sozial abgesicherte und gleichwertig bezahlte "Erwerbs"-Arbeit für jede und jeden.
- Von der eher materiellen Zivilisation zu einer neuen Kultur der Werte: In Zukunft geht es um Produktbündel wie Erziehungskultur, Familienkultur (mit Wohn- und Eßkultur), Pflegekultur, Wohnumfeldgestaltung, usw.

Wie in den letzten 200 Jahren der Bereich der landwirtschaftlichen Produktion zwar absolut immer mehr produziert hat, ihr Anteil an der Wertschöpfung aber immer geringer wurde, so wird in Zukunft auch die industrielle und marktvermittelte Waren- und Dienstleistungproduktion absolut weiter wachsen, aber Anteile verlieren und Platz machen für etwas Neues, für das wir heute noch keinen Begriff gefunden haben.

Der Spielraum dieses Neuen läßt sich heute schon mit den 500 Mrd. volkswirtschaftlicher Kosten der Arbeitslosigkeit benennen, das sind immerhin schon 15 % unseres Sozialproduktes mit deutlich wachsender Tendenz. (Schaubild 19 und 20: Arbeitsmarktbilanzen)

## 5. Warum Vollbeschäftigung?

Es geht dabei nicht - wie gern polemisch unterstellt wird - um eine Vollbeschäftigung mit 48-Stundenwoche in den herkömmlichen Bereichen der Industrieproduktion. Natürlich wirkt der

technische Wandel arbeitssparend, er setzt Menschen frei. Aber wenn das Sinn machen soll, dann doch nur, damit diese Menschen in anderen Feldern sinnvollere bezahlte Arbeit finden.

Statt Butter und Kanonen (Schaubild 21) werden dann andere Güter und Dienste erarbeitet: Bildung, Erziehung, Pflege, freie Zeit, saubere Umwelt, Bürgerarbeit im nachbarschaftlichen Umfeld, in den Kommunen, u. dgl. mehr. Bisher bezeichnen wir den Umweltverbrauch als "externe Kosten", so als hätten die mit Wirtschaft nichts zu tun. In einem richtigen Verständnis von Wirtschaft wäre der sparsame Verbrauch der natürlichen Ressourcen und ihre fleißige Wiederherstellung Bestandteil ökonomischer Wachstumsprozesse, in denen sinnvolle Arbeit und Einkommen entstehen.

Und wenn das sich nicht aus dem Marktgeschehen ergibt, dann muß es politisch gestaltet werden. Das kann grundsätzlich über den Staat gehen, das kann aber auch in einem Pakt der indirekten Arbeitgeber organisiert werden.

Vollbeschäftigung in dem Sinne, daß alle erwerbsfähigen Menschen eine rechtlich geregelte, in die soziale Sicherung einbezogene, bezahlte Erwerbsarbeit haben können, ist aus verschiedenen Gründen unverzichtbar:

- damit die Menschen an den drei Dimensionen der Arbeit (naturale, soziale, personale) teilhaben können. Das geht nicht z. B. über Grundeinkommen ohne Arbeit oder Grundsicherung ohne Arbeit.
- Damit der Sinn der Wirtschaft, "Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen zu sein" optimal erfüllt wird. Die Solidaristen vertraten die Auffassung, daß nur der Vollbeschäftigungslohn der gerechte Lohn sei, weil nur er den Sozialzweck der Wirtschaft optimal erreicht.
- Damit die Menschen in der Wirtschaft Wahlmöglichkeiten, d.h. Freiheitsgrade haben. Es gibt auf Märkten eine fatale Gesetzmäßigkeit, daß nämlich der "Schwanz den Hund wedelt" (Samuelson). Der letzte Anbieter bestimmt den Preis für alle anderen und zieht ihn herunter. Dieses ursprüngliche Anliegen der Arbeiterbewegung, ein "Angebotskartell der Arbeit" zu sein, damit alle in Arbeit sein können, ist heute dringlicher denn je, aber nicht mehr nur auf eine soziale Schicht oder Klasse bezogen. In einer Arbeitsgesellschaft ist es eine allgemein politische und gesellschaftliche Aufgabe geworden.

Die Notwendigkeit der Vollbeschäftigung wird noch anschaulicher, wenn wir uns die Kosten der Arbeitslosigkeit anschauen:

## 6. Die Kosten der Arbeitslosigkeit

Fangen wir mit dem Naheliegenden an:

- Die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit werden vom IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit) mit 166 Mrd. DM beziffert (Schaubild 22)
- Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der gesamten Unterbeschäftigung (registrierte Arbeitslose, Stille Reserve, abzüglich eines unvermeidbaren Sockels friktionaler Arbeitslosigkeit sind weit höher zu veranschlagen. "Unter Vollbeschäftigungsbedingungen wäre die volkswirtschaftliche Wertschöpfung in Deutschland 1997 schätzungsweise um gut

500 Mrd. DM (15 %) größer gewesen" (IAB Kurzbericht Nr. 17, 15.10.1998: Was kostet die Arbeitslosigkeit wirklich?)

- Die humanen Kosten gehen darüber hinaus. Der Verlust an Selbstwertgefühl, die Resignation, das Gefühl überflüssig zu sein, gegenüber den eigenen Kindern als Versager abgestempelt zu sein, auch gegenüber Nachbarn und Freunden. Nicht nur die einzelnen selbst, auch die Familienmitglieder sind in diesen Abwärtstrend einbezogen.

- Insgesamt entwickelt sich in der Gesellschaft, auch bei den "noch" Arbeit Habenden Angst und Anpassung um jeden Preis. Das gilt für die Arbeitssituation, zunehmend aber auch für die Sicherheit der Rente, ja unser ganzes demokratisches und sozialstaatliches System.

- Die Einkommen insgesamt werden zu niedrig, kaum können noch Produktivitätsentwicklungen in Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Aufgrund der Wirkungsweise von Märkten bleiben die Einkommen tendenziell zu weit unten und verschärfen das Problem. Abgesehen davon bleibt auch aus diesen Gründen auch die Wohlfahrt unter dem bei Vollbeschäftigung möglichen Niveau.

- Qualifizierungen, die nicht genutzt werden, bauen sich ab. Bildung ist nicht beliebig speicherbar. Auch die Bereitschaft, sich zu qualifizieren nimmt ab, wenn man sieht, daß sie nicht gebraucht wird.

- Was noch schlimmer wiegt: Typische für die Industriegesellschaft wichtige und von ihr in langjähriger Entwicklung aufgebaute Schlüsselqualifikationen, schwinden: Fleiß, Pünktlichkeit, Leistungsstolz, Einfühlungsvermögen und die Fähigkeit, in Gruppen zu arbeiten, Berufssolidaritäten, usw. Vieles von dem wird heute fälschlicherweise als Ursache der Arbeitslosigkeit angeführt, es sind aber deren Folgen.

## 7. Die sozialwissenschaftliche Diskussion vom "Ende der Arbeitsgesellschaft"

Parrallel zur Entwicklung seit den 60er Jahren gibt es eine sozialwissenschaftliche Diskussion mit den Fragen: Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Das einzige, vorauf sie sich versteht (Hannah Arendt). Es wird insbesondere von eher marxistisch denkenden Theoretikern gefragt, ob die Arbeit überhaupt noch die gesellschaftsbestimmende Kategorie sei (Habermas, Lumann)

Einer der heutigen Wortführer dieser Diskussion, der auch Mitglied der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission war, Ulrich Beck, hat in seinem neuesten Buch die verschiedenen Szenarien in eine übersichtliche Struktur gebracht, die ich hier, aus Zeitgründen, nur stichwortartig vorstellen möchte:

Positiv gewendet geht es bei diesen Beiträgen um

- eine neue unternehmerische Wissensgesellschaft (Miegel, bayerisch-sächsische Zukunftskommission), an die Stelle des Kapitals und der herkömmlichen Industriearbeit tritt als gesellschaftsbestimmende Kraft das Wissen.

- Ein neues globales neo-liberales Wirtschaftswunder auf dem Weltmarkt durch die zunehmende Globalisierung.

- Nachhaltiges Wirtschaften mit der Hoffnung auf ein ökologisches Wirtschaftswunder (Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung)

- Auf einem höheren Niveau von Existenzsicherung der Selbstunternehmer, der die Freiheit der Unsicherheit positiv nutzt.

Diese Szenarien entsprechen den zentralen Krisen oder Chancen unserer Zeit:

- Zunahme des Wissens und entsprechender Technologien

- Globalisierung

- Ökologische Krise

- Individualisierung

Sie haben auch jeweils ihre negative Entsprechung:

- Kapitalismus ohne Arbeit oder neue Wissenshierarchien mit ihren Dienstboten.

- Lokal gebundene Arbeit und globalisiertes Kapital

- Globale Apartheid hinsichtlich der Umweltrisiken.

- Individualisierung der Arbeit und Zerfall der Gesellschaft

Beck selbst, dem ich hier nicht folge, den ich aber zitiere, sieht all diese Szenarien noch einer überholten Vollbeschäftigungsideologie verhaftet. Davon gelte es einschließlich der sie tragenden Institution Sozialstaat endgültig Abschied zu nehmen, um den Weg frei zu machen für etwas ganz Neues. In dieser Richtung sieht er drei Szenarien:

- Der Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Es geht um eine Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten.

- Es geht um eine Freizeitgesellschaft, wo die bisherige "übertriebene" Wertschätzung der Arbeit ersetzt wird durch die Wertschätzung der Muße und der Freizeit

- Er selbst denkt in die Richtung einer postnationalen und zugleich politischen Bürgergesellschaft, wo die gesellschaftliche Integration bzw. der gesellschaftliche Zusammenhalt über Bürgerarbeit, die belohnt aber nicht entlohnt wird, erfolgen kann.

Es formiert sich aber inzwischen Widerstand. Auch auf Soziologenkongressen wird zunehmend widersprochen. Weder stimme der Befund, daß die Arbeit abgenommen habe, noch könne ihr Bedeutungsschwund für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die personale Entfaltung der Menschen konstatiert werden. Was sich ändere sei, daß das Arbeitsvolumen zurückgehe und für die gerade aufgrund der Wertschätzung dieser Arbeit in die Arbeit neu Hineindrängenden müsse neue Arbeit organisiert werden.

## 8. Die Zukunftsberichte

Inzwischen liegen auch drei große Zukunftsberichte vor:

- Die sächsisch-bayerische Zukunftskommission mit einem Exkurs von Beck zur Bürgerarbeit. Leitbild ist eine Unternehmerische Wissensgesellschaft. Vereinfacht kann man sagen, hier wird die bisherige Bedeutung des Kapitals durch Wissen ersetzt, und einer neuen Spaltung das Wort geredet. Zwischen der hocheffizienten wissensgesteuerten Produktion, in der die neuen Unternehmer und hochqualifizierten Fachkräfte hoch bezahlte Jobs haben sollen wird ein Bereich unterschieden, der weniger effizient, deswegen auch weniger hoch bezahlt den Bereich der eher personennahen Dienstleistungen übernehmen soll. Als weitere Perspektive gibt es dann die Bürgerarbeit mit dem Leitbild eines Gemeinwohlunternehmers. Frage: Woher kommt die Idee, daß Wissen bezahlt und personennahe Dienstleistungen immer weniger qualifiziert und weniger bezahlt sein müssen?

- Die Friedrich-Ebert-Stiftung (Professor Frieder Meyer-Krahmer). Dieser Bericht ist schon Kritik an der bayerisch-sächsischen Kommission und weitet den Blick und die ökonomische Sichtweise auf Fragen des Zusammenhalts der Gesellschaft und ein im ökologischen Sinne nachhaltiges Wirtschaften. Eine solche Wachstumspolitik sei von der Gesellschaft eher akzeptabel und durchsetzbar. "Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele, ein Weg", so lautet der Titel. Praktische Beispiele des Entstehens von mehr Arbeit sind die Rücknahmeverpflichtung der Firmen für ihre Produkte, was Anreize setze zu längerer Lebensdauer. Das führe zwar zu Kostensteigerungen in der Produktion, steigere aber den Anreiz zu Reparaturen gegenüber reiner Wegwerfmentalität. Stichwort: "Produktbegleitende und die Nutzungsdauer verlängernde Dienstleistungen". Diese wären jedenfalls ähnlich wie die Öko-Steuer auch ethisch anders zu beurteilen als eine Philosophie von Wertschöpfungsabgabe, die "Arbeit um der Arbeit willen" durch Zurückdrängen des technischen Wandels erreichen will.

Der Bericht wendet sich gegen reine Kostensenkungsstrategien, sie führten in die soziale Sackgasse (Lebenspläne der Bürger werden verunsichert und diese entmutigt), reine Wachstumstheorien herkömmlicher Art führen in die ökologische Sackgasse. Sie befürworten aber auch einen Niedrig-Lohn-Sektor, eine grundlegende Reform des Sozialstaates, eine steuerfinanzierte Grundsicherung.-

- Der Bericht des Club of Rome sieht die Entwicklung hin zu einer unternehmerischen Wissensgesellschaft und die Wirkungen des technischen Wandels weniger optimistisch. Er sieht nicht unbedingt mit dem Abbau der alten den Aufbau einer neuen wissensbasierten Vollbeschäftigungsgesellschaft einhergehen, sondern die Gefahr, daß die steigende Produktivität ohne Arbeit zu einem Kapitalismus ohne Arbeit führen kann. Deshalb sollten in einem Drei-Schichten-Modell für jede und jeden neue (bezahlte) Arbeit entstehen:

1. Schicht: Eine Art Zivildienst als Arbeitspflicht verbunden mit einem Grundeinkommen (in Höhe der Sozialhilfe für jede und jeden 20 Stunden pro Woche;

2. Schicht: Erwerbsarbeit herkömmlicher Art (20 Stunden pro Woche);

3. Schicht: Bürgerarbeit als ehrenamtliche Tätigkeit.

## 9. Die Entwicklung des Erwerbspotentials bis 2040

Inzwischen droht von einer anderen Seite eine voreilige Entwarnung zu kommen. Das IAB hat die Projektion des Erwerbspotentials bis 2040 vorgelegt, die von einer drastischen Abnahme des Potentials an Erwerbspotentialen ausgeht. (Schaubild 23) In dieses

Schaubild habe ich die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze hinzugefügt, die sich bei den unten dargestellten Annahmen ergibt.

Der Vizepräsident der BA für Arbeit, Otto Semler, merkte eher satirisch-zynisch dazu an: Man müßte die heutigen Arbeitslosen einfrieren können und im Jahre 2.015 wieder auftauen, dann wären alle Probleme gelöst.

Ich warne vor falschem Optimismus, der jetzt auch wieder dazu geführt hat, die geplante Rente ab 60 auf 5 Jahre zu begrenzen. Wohlweislich hat das IAB die in Arbeitsmarktbalancen übliche Gegenüberstellung zwischen Potential und Arbeitsplätzen hier nicht vorgenommen. Wenn man mal realistisch unterstellt, wir haben in diesen 45 Jahren ein durchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von 1,5 % pro Jahr und eine Arbeitsproduktivitätssteigerung von 2,5 % pro Jahr, dann ergibt sich eine Abnahme der Zahl der Arbeitsplätze bei gleichzeitig enorm steigendem Bruttoinlandsprodukt. Die Zahl der Arbeitslosen bleibt aber gleich. Auch von dieser Entwicklung ist also die Lösung der Probleme nicht zu erwarten.

## 10. Umdenken und Weiterdenken ist angesagt.

Damit sind wir wie bei einem Punkt angekommen, wo wir vor dem Hintergrund der Katholischen Soziallehre und unserer Traditionen, wonach die menschliche Arbeit der Dreh- und Angelpunkt auch der Gerechtigkeit der Gesellschaft ist, unsere Rechenschaft geben sollten, wo wir vielleicht selber neu nachdenken und umdenken müssen. Die Vollbeschäftigung in diesem neuen erweiterten Sinne ist eine unaufgebbare Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft, auch für die Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Damit aber die klassischen Ziele und Ordnungsmodelle wieder zur Geltung kommen können, muß neu nachgedacht, umgedacht und Programmatik geändert bzw. weiterentwickelt werden. Ich sehe diese Punkte wie folgt:

1. Der gesellschaftliche Zusammenhalt geschieht wesentlich durch gemeinsame, gesellschaftliche Arbeit, an der sind alle, auch die Frauen, gleichberechtigt zu beteiligen. (Beteiligungsgerechtigkeit)
2. Familie und Arbeit, Familienarbeit und außerhäusliche Erwerbsarbeit sind als gleich wichtig, gleich produktiv und gleich bezahlbar zu sehen und zu organisieren. Das Konzept des Familienlohnes trägt nicht mehr und es ist auch ungerecht gegenüber den Frauen und Müttern.
3. In diesem Zusammenhang ist neu über "die Wirtschaft" nachzudenken und ein erweitertes Verständnis von Wirtschaft, von Gütern, von Produktion und Produktivität im ökonomischen Sinn zu ent- und zu vermitteln.
4. Die Unterscheidungen zwischen Wirtschaft und Sozialstaat, zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind zu hinterfragen und aufzugeben. Sozialstaatliche Aufgabenfelder, Familienarbeit, sind nicht Kosten- und Konsumbereiche, sondern Wachstumsfelder der Zukunft, in denen Güter, Einkommen und Beschäftigung, entstehen.
5. Geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen und Diskriminierungen, wie sie z.B. in der Bewertung von personennahen Diensten oder der Familienarbeit zum Ausdruck kommen, sind gerade von uns, zurückzuweisen.

Ordnungspolitisch geht es um zwei Defizitfelder:

- Das "Angebotskartell der Arbeit" ist um die Frauen und ihre herkömmlichen Aufgabenfelder in Erziehung und Pflege zu erweitern, aber so, daß alle ökonomischen Aufgabenfelder Männern und Frauen in gleicher Weise zugänglich sind,

- Makro-ökonomisch darf es nicht nur um das Verteilen des schon Produzierten gehen, vielmehr muß die originäre wirtschaftliche Aufgabe endlich auch institutionell geordnet werden, ein Vollbeschäftigungs-Sozialprodukt zu planen, damit dieses dann verteilt und auf dieser Grundlage auch Staatsverschuldung abgebaut und soziale Sicherungssysteme stabilisiert werden können.

H. Ludwig